Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Press release
Kiel, 28.09.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

# Oppositionsantrag/Neuwahlen: Die Gemeinsamkeiten von CDU und SPD sind verbraucht

*Bei der heutigen Pressekonferenz von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SSW zum Oppositionsantrag zur Selbstauflösung des Landtages sagte die Vorsitzende des SSW im Landtag,* ***Anke Spoorendonk****:*

"Zur Mitte der 16. Wahlperiode des Landtags wird immer deutlicher, dass die begrenzten Gemeinsamkeiten der Großen Koalition verbraucht sind. Die politische Basis für dieses Bündnis ist zerbröckelt, denn nach dem Hickhack der letzten zwei Jahre haben die beiden letzten großen Projekte dieser Koalition - die Verwaltungsstrukturreform und der Doppelhaushalt 2009/2010 - keine realistische Chance auf Erfolg.

Hinzu kommt, dass das Ansehen der Landesregierung und des Landtages unter der Großen Koalition massiv leidet. Trotz aller Besserungsversprechen hagelt es zwischen den Regierungsparteien immer wieder Beschimpfungen, Drohungen und Rücktrittsforderungen. Diesen endlosen Rosenkrieg kann die Große Koalition den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern nicht noch weitere zweieinhalb Jahre zumuten. Trotz zahlreicher Therapieversuche hat sich die zerrüttete Beziehung nicht kitten lassen. Daran ändert auch die Versetzung Ralf Stegners nichts. Deshalb wäre es das Beste für alle, wenn die Fraktionen von CDU und SPD sich endlich ein Herz nähmen und dieses Drama beendeten.

SSW IM LANDTAG

Nur die Abgeordneten von CDU und SPD selbst können verhindern, dass die Große Koalition sich aus machtpolitischen Gründen zweieinhalb Jahre weiter durchwurschtelt und einer zukunftsorientierten Politik den Weg verbaut. Im Vordergrund der Landespolitik für Schleswig-Holstein dürfen nicht das Bangen um das eigene Mandat, um die Große Koalition auf Bundesebene oder um die Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen stehen. Unsere Richtschnur muss das Wohl des Landes Schleswig-Holstein und seiner Menschen sein und ihnen ist am besten mit Neuwahlen gedient.